77. Jahrgang. Nr. 44 — Donnerstag, 26. Januar 1933

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Hauptschriftleitung: Rudolf Günther Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-N. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 RM. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 RM. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Erscheinen. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 800 Pfg., außerhalb 950 Pfg. abg. Kollektivzeilenpreis 11. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 18 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1058 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Blutige Zusammenstöße in Dresden

Acht Kommunisten in Notwehr erschossen

Polizei in einer Kommunistenversammlung tätlich angegriffen

Dresden, 25. Jan. Die Polizei meldet: Zu außerordentlich schweren Ausschreitungen kam es am Mittwochabend in der elften Stunde während einer kommunistischen Versammlung im Keglerheim auf der Friedrichstraße. Dort wurden, als sich die Versammlung ihrem Ende zuneigte, und die Polizei zur Auflösung gezwungen war, plötzlich Stühle und andere Gegenstände gegen die eingreifende Polizei geworfen. Auch wurden die Beamten von der Menge tätlich angegriffen, worauf sich die Beamten gezwungen sahen, zur Schußwaffe zu greifen. Dabei sind acht Personen ums Leben gekommen und etwa zwölf Personen schwer verletzt worden.

Ein Augenzeugenbericht

Wie uns ein Augenzeuge zu den Vorgängen im Keglerheim berichtet, haben sich diese folgendermaßen abgespielt: Kurz vor 11 Uhr sah die Polizei sich veranlaßt, die Versammlung aufzulösen, weil sie vom Redner heftig angegriffen wurde. Darauf setzten von der Galerie Sprechchöre ein, die die Anwesenden aufforderten, die Ruhe zu bewahren und sitzen zu bleiben. Die Polizei wollte nunmehr die Versammlung in Ruhe auflösen und forderte die Anwesenden zum Verlassen des Lokals auf. Daraufhin setzten von allen Seiten Schmährufe gegen die Polizei ein. Als nach wiederholter Aufforderung zum Verlassen des Versammlungslokals dieser nicht restlos nachgekommen wurde, ging die Polizei mit dem Gummiknüppel vor. Der Saal leerte sich bis auf etwa ein Drittel. Nun setzte von der Galerie ein

Bombardement mit Stühlen, Biergläsern, Tischbeinen und Wurfgeschossen

ein. Die Beamten sahen sich darauf genötigt, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Sie feuerten zunächst Schreckschüsse gegen die Saaldecke und zur Galerie. Im Treppenhaus brach eine Panik aus, in deren Verlauf die andrängenden Menschen übereinander stürzten, während es dem Rest nicht möglich war, schnell genug ins Freie zu gelangen. Die Polizei war nunmehr vollkommen Herr der Lage und konnte in Ruhe den Saal säubern. Etwa 20 Schwerverletzte, von denen acht inzwischen verschieden sind, sind als Opfer der tumultarischen Vorgänge anzusehen.

Wie lange noch

dauert die unerhörte Langmut des Staates gegenüber den kommunistischen Anschlägen auf seine Sicherheit und seinen Bestand? Diese Frage beschäftigt seit der Kraftprobe, die am letzten Sonntag in Berlin zwischen der Staatsautorität und dem kommunistischen Terror stattgefunden hat, in zunehmendem Maße die Oeffentlichkeit. Im Reich hatte man die Vorgänge um den Bülowplatz mit wachsamem Interesse verfolgt, aber doch nicht mit dem Bewußtsein, daß es sich hier um eine weitreichende innerpolitische Entscheidung handle. Diese Bedeutung wurde dem Ereignis erst nachträglich zugesprochen, und zwar am nachdrücklichsten von der sozialdemokratischen Presse. Aus dem „Vorwärts" erfuhr man, daß der 22. Januar mit dem ruhigen Verlauf einer nationalsozialistischen Kundgebung entgegen den Drohungen der KPD. gleichzusetzen sei mit dem 20. Juli 1932, der bekanntlich der schwarze Tag für die SPD. war. Die damals erfolgte Verjagung der sozialdemokratischen Machthaber aus ihren preußischen Schlupfwinkeln stellt der „Vorwärts" auf eine Linie mit der durch die Staatsgewalt vorgenommenen Zurechtweisung der kommunistischen Partei in ihre Schranken. Es mag sein, daß es bei dieser Darstellung den Leuten der 2. Internationale darauf ankommt, von ihrer Blamage einiges auf die Brüder von der 3. Internationale abzuwälzen; vielleicht hoffen sie auch, durch ihre Solidaritätskundgebungen mit dem angeblich so hart getroffenen Bolschewismus ihren Lieblingsgedanken der roten Einheitsfront zu fördern. Solche Nebenabsichten verleiten leicht zur Uebertreibung.

Immerhin können auch wir aus diesen Geständnissen der roten Kameraderie einiges beherzigen zu Nutz und Frommen des nationalen Abwehrkampfes. Wir müssen vor allem dafür dankbar sein, daß sich bei dieser Gelegenheit und bei den post festum angestellten Erörterungen die durch Krisenwirren und häusliche Streitigkeiten arg verwirrte innerpolitische Front so scharf und klar herausgeschält hat. Im Mittelpunkt stand gar nicht mehr der SA.-Aufmarsch, sondern der von den Kommunisten frech erhobene Anspruch, daß der Norden Berlins, und insbesondere der Bülowplatz mit dem Liebknechthaus, ein Stück Sowjetdeutschland sei, auf dem bei Gefahr blutiger Unruhen keine andere als die kommunistische Gesinnung kundgegeben werden dürfe. Für diesen Anspruch ist in holder Eintracht mit der kommunistischen nicht nur die sozialdemokratische, sondern auch die linksbürgerliche Presse eingetreten, die in Berlin in den Häusern Ullstein und Mosse vereinigt ist. Diese Organe unterschieden sich vor und nach dem Ereignis, beim Druck auf die Behörden zur Nachgiebigkeit gegenüber dem Kommunismus und bei deren Beschimpfung für die bewiesene Standhaftigkeit, nur wenig von der kommunistischen Hetze. In der Mitte stand als Scheidewand die Zentrumspresse, die sich zurückhielt und ihren Tadel gleichmäßig nach beiden Seiten verteilte. Rechts vom Zentrum erstand aber zum ersten Male seit dem SA.-Verbot wieder eine nationale Einheitsfront, die der Staatsgewalt bei ihrem Bestreben, die Staatsautorität durchzusetzen, erfolgreich den Rücken steifte. Diesem Umstand war der Sieg der Staatsautorität wesentlich mit zu verdanken. Es hat sich gezeigt, daß es in Deutschland in Wirklichkeit nur zwei Fronten gibt: die revolutionäre der Marxisten und die der nationalen Erneuerung, und daß der rote Spuk im Nu zerstiebt, wenn die nationale Front zusammenhält. Damit ist auch erwiesen, daß die innere Krise, wie auch die nächsten Entscheidungen fallen mögen, auf die Dauer nur überwunden werden kann durch eine Lösung, die auf solcher Erkenntnis fußt.

Eine andere Frage ist durch diese Vorgänge neu aufgerollt worden, nämlich die nach dem Verhältnis des Staates zur Kommunistischen Partei. Von nationaler Seite wird wieder mit Nachdruck das Verbot der KPD. und die Ungültigkeitserklärung der kommunistischen Parlamentsmandate im Reich und in den Ländern gefordert. Man weist auf das ununterbrochene Wüten der roten Mordpest hin, die im Januar schon wieder sechs Todesopfer bei den Nationalsozialisten gefordert hat, und auf den grotesken Zustand, daß angesichts der den kommunistischen Abgeordneten auferlegten Verpflichtung, einen Teil ihrer Diäten an die Parteikasse abzuliefern, der Staat, das heißt der deutsche Steuerzahler, die Kosten für die staatsfeindliche kommunistische Propaganda mitbezahlt. Die Kommunisten waren ja auch ehrlich genug, ihren Widerspruch gegen eine Kürzung der Diäten

Schleicher in der Defensive

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 25. Januar. Die Verhandlungen die zur Vorbereitung der Sitzung des Aeltestenrates geführt werden, stehen immer noch unter dem Eindruck der deutschnationalen Erklärung gegen das Kabinett von Schleicher. Die Linkspresse spricht offen davon, daß Schleicher nach dem moralisch sehr schwerwiegenden Vorstoß der Deutschnationalen nun tatsächlich die Führung verloren habe. Es wird vielfach angenommen, daß, da Schleicher sich jetzt in völliger Vereinsamung befindet,

die Reichsregierung in wesentlichen Punkten nachgeben und vielleicht auf eine klare Entscheidung des Reichstages zunächst verzichten würde.

Demgegenüber wird aber von anderer Seite erklärt, Schleicher werde sich nicht mit einer einfachen Vertagung begnügen, sondern vom Reichstag genügend Zeit verlangen, um die Pläne der Regierung durchführen zu können. Wenn auch diese Formel sehr auslegungsfähig ist, so ist sie doch lange nicht mehr so entschieden wie frühere Aeußerungen aus Regierungskreisen. Der Kanzler befindet sich offensichtlich in der Defensive. Trotzdem läßt sich natürlich über den Ausgang der Freitagsitzung noch nichts sagen, da bisher keinerlei Entscheidungen weder in Besprechungen noch an anderen Stellen gefallen sind. Das Gerücht, daß Schleicher bei Hindenburg in Ungnade gefallen sei, ist daher einigermaßen unwahrscheinlich. Hindenburg will erst die Beschlüsse des Aeltestenrates abwarten, ehe er weitergehende schwerwiegende Entscheidungen trifft.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat heute ihre Verhandlungen fortgesetzt.

Sie hat sich jedoch nur mit agrarpolitischen Fragen und Mittelstandsfragen beschäftigt, da die Haltung der Deutschnationalen für die kommenden Entscheidungen durch die gestrige Erklärung bereits eindeutig festgelegt ist.

Ueber die heutigen Besprechungen zwischen Hugenberg und Frick wird nichts Näheres bekanntgegeben. Wie verlautet, hat der Unterredung die Frage zugrunde gelegen, wieweit man bei der Bildung einer Harzburger Minderheitsregierung gemeinsam vorgehen könnte. Ein positives Ergebnis ist jedoch nicht zu verzeichnen.

Sozialdemokratische Drohungen

Gegen ein Notstandsrecht des Staates

Berlin, 25. Jan. In einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei und des Vorstandes der Reichstagsfraktion am Mittwoch ist folgender Beschluß gefaßt worden: „Der Parteivorstand erhebt schärfsten Protest gegen den Plan der Proklamierung eines sogenannten staatlichen Notstandsrechts. Seine Verwirklichung würde auf einen Staatsstreich hinauslaufen, der dem Volk seine verfassungsmäßigen Rechte raubte und jenen Cliquen zugute käme, die ohne Rücksicht auf die Gesamtheit und vor allem auf die Arbeiterklasse ihre Sonderinteressen vertreten und dabei die Kritik des Parlaments zu scheuen allen Grund haben. Ein solcher Staatsstreich würde einen rechtlosen Zustand schaffen, gegen den jeder Widerstand erlaubt und geboten ist."

Die Gründe der deutschnationalen Absage

Berlin, 25. Jan. Der Pressechef der Deutschnationalen Volkspartei, Hans Brosius, veröffentlicht in den „Mitteilungen der DNVP." einen längeren Artikel über die Gründe der deutschnationalen Absage an das Kabinett Schleicher. In dem Artikel heißt es u. a.: Zwei Gründe allein waren für den Vorstoß maßgebend,

die Gefährdung des autoritären Staatsgedankens

durch die Politik des Kabinetts und das vollständige Versagen auf dem Gebiet einer einheitlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der deutschnationale Schritt ist weder eine „Quittung" darauf, daß der Reichskanzler nicht bereit sei, die Deutschnationalen in die Regierung aufzunehmen, noch darauf, daß die Regierung „zu wenig gegen den Feldzug der Linken wegen der Osthilfe-Mißstände getan habe." Der Vorstoß richtet sich auch nicht „indirekt gegen den Reichspräsidenten". Er liegt vielmehr auf der Linie der Politik des Reichspräsidenten, weil er den Gedanken der autoritären Staatsführung, den Hindenburg mit der Berufung des Kabinetts Papen verfolgte, vor einem Abgleiten in den Parlamentarismus bewahren will. In der Tat ist nach dem Kanzlerwechsel der Gedanke der autoritären, von den Einflüssen des parlamentarischen Kuhhandels unabhängigen Staatsführung auf das schwerste gefährdet worden, einmal durch das dauernde Verhandeln mit Parteien und Gewerkschaften und durch das Eingehen auf parteipolitische Prestigewünsche, zum zweiten durch

die Untätigkeit des Kabinetts,

das über dem Verhandeln das Handeln vergaß. Dies kam vor allem auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Handelspolitik zutage. Wir haben schon einmal betont, daß Braun plus Warmbold geteilt durch zwei noch lange keine klare Linie der Wirtschaftspolitik ergibt. Wenn Hugenberg diesen in der Oeffentlichkeit bekannten Zuständen gegenüber die Ansicht vertrat, daß eine einheitliche Linie der gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik

nur durch Zusammenlegung der Ministerien

gewährleistet werden kann, so zeigt er damit wie immer einen Weg. **Die Deutschnationalen werden eine Entscheidung erzwingen, die endlich dazu führt, daß man aus dem Zustand des verschleierten Parlamentarismus herauskommt und sich denjenigen Aufgaben zuwendet, die zur Beseitigung der wirtschaftlichen und sozialen Not in Angriff genommen werden müssen.**

Heimannsberg – Vorsitzender im Schrader-Verband

Berlin, 25. Jan. Auf dem Verbandstag des Verbandes preußischer Polizeibeamter wurde am Mittwochabend als Nachfolger des zurückgetretenen bisherigen Vorsitzenden Schrader der ehemalige Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Heimannsberg, zum Verbandsvorsitzenden gewählt.

Heute:

Literarische Umschau

Seite 9